

Antrag Nr. 26-F-23-0003

CDU, SPD und FDP

Betreff:

Digitalisierung der Verwaltung konsequent weiterentwickeln - Mehrfachangaben vermeiden und Bürgerfreundlichkeit stärken
- Antrag der Fraktionen von CDU, SPD und FDP vom 20.05.2026 -

Antragstext:

Die Digitalisierung der Verwaltung bietet große Chancen, Abläufe für Bürgerinnen und Bürger einfacher, schneller und transparenter zu gestalten. In vielen Bereichen bestehen bereits gute Ansätze. Gleichzeitig zeigt die Praxis, dass Verfahren häufig noch nicht durchgängig aufeinander abgestimmt sind.

Gerade bei häufig genutzten Leistungen - etwa bei Umzügen, familienbezogenen Anliegen oder wirtschaftlichen Verfahren - kommt es vor, dass identische Daten mehrfach angegeben werden müssen. Hier liegt ein konkretes Potenzial, Prozesse bürgerfreundlicher zu gestalten und gleichzeitig die Verwaltung zu entlasten.

Ziel ist es, bestehende Verfahren sinnvoll weiterzuentwickeln und besser zu verzahnen. Dabei sollen vorhandene Daten - selbstverständlich im Rahmen der geltenden datenschutzrechtlichen Vorgaben - effizienter genutzt werden. Es geht ausdrücklich nicht um zusätzliche Datenerhebungen, sondern um eine praxisnahe Verbesserung bestehender Abläufe.

Ein zentrales digitales Bürgerkonto kann dabei eine wichtige Rolle spielen, um Verfahren zu bündeln und für Bürgerinnen und Bürger übersichtlicher zu gestalten.

Mit der Identifikation geeigneter Pilotbereiche kann ein schrittweiser und realisierbarer Einstieg gelingen. So lassen sich konkrete Verbesserungen für den Alltag der Menschen erreichen und gleichzeitig Erfahrungen für eine mögliche Ausweitung gewinnen.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. darzustellen, in welchen Bereichen der Wiesbadener Stadtverwaltung Bürgerinnen und Bürger derzeit mehrfach identische Daten bei unterschiedlichen Verfahren oder Ämtern angeben müssen.
2. zu prüfen, in welchen geeigneten Pilotbereichen diese Mehrfachangaben reduziert werden können, insbesondere in den Bereichen
 - a. Umzug (z. B. Melderegister, Kfz-Zulassung, Bewohnerparken),
 - b. familienbezogene Leistungen (z. B. nach Geburt eines Kindes),
 - c. Gewerbeanmeldung und wirtschaftsbezogene Verfahren.
3. ein Konzept vorzulegen, wie vorhandene Daten innerhalb der Verwaltung - unter Beachtung der datenschutzrechtlichen Vorgaben und bestehenden gesetzlichen Zuständigkeiten - effizienter genutzt und Verfahren für Bürgerinnen und Bürger vereinfacht werden können, wobei das Once-Only-Prinzip zugrunde gelegt und die Datenweitergabe an Zweckbindung, Transparenz für die Betroffenen sowie eine informierte Einwilligung der Bürgerinnen und Bürger gebunden wird.
4. zu prüfen, inwieweit ein digitales Bürgerportal (Servicekonto) im Sinne des Once-Only-Prinzips geeignet ist, Verwaltungsleistungen zu bündeln, bereits vorhandene Daten den Bürgerinnen und Bürgern bei neuen Anträgen vorausgefüllt zur Übernahme vorzuschlagen,

Antrag Nr. 26-F-23-0003 CDU, SPD und FDP

dadurch Mehrfachangaben zu reduzieren und Antragsprozesse transparenter zu gestalten; dabei soll insbesondere geprüft werden, wie Bürgerinnen und Bürger eine Übersicht über die zu ihrer Person gespeicherten Daten erhalten und über das Portal mit den Ämtern kommunizieren können.

5. zu berichten, welche organisatorischen, technischen und rechtlichen Voraussetzungen für eine schrittweise Umsetzung erforderlich sind.

Wiesbaden, 20.05.2026

Daniela Georgi
Fraktionsvorsitzende
CDU-Fraktion

Daniel Butschan
Fraktionsgeschäftsführer
CDU-Fraktion

Nico Becher
Fachsprecher
SPD-Fraktion

Nail Akin Kaya
Fraktionsreferent
SPD-Fraktion

Christan Diers
Fraktionsvorsitzender
FDP-Fraktion

Jeanette-Christine Wild
Fraktionsgeschäftsführerin
FDP-Fraktion